

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Montagabend. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannschuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110. — Verkaufspreis: Wochentlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gepaltene 27 Millimeter breite Nonpareilleseite beträgt 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigefaltete 90 Millimeter breite Reklameseite beträgt 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plagiaten keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 142.

Magdeburg, Dienstag den 22. Juni 1926.

37. Jahrgang

Auf zum dritten Gang!

14 440 779 Ja-Stimmen.

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung ist das durch Volksbegehren eingebrachte Gesetz über entschädigungslose Enteignung der Fürsten abgelehnt. Die Prüfung, ob es sich tatsächlich — wie die Reichsregierung behauptet — um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, erübrigt sich, weil die von der Verfassung vorgeschriebene Mehrheit der Abstimmungsberechtigten sich nicht am Volksentscheid beteiligt hat. Die Zahl der abgegebenen Stimmen überhaupt — also der Ja- und Nein- und ungültigen Stimmen zusammen — hat die Mehrheitslinie von 19 843 924 Stimmen nicht erreicht. Diesen Erfolg können die Fürstendiener für sich buchen. Ueber das Wie und Warum dieses „Erfolges“ wird noch mancherlei zu sagen sein. Unerhört war der

Terror auf dem flachen Land.

In Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg wagten in vielen Stimmbezirken die Wähler überhaupt nicht zur Abstimmung zu gehen. Es ist den Fürstendienern gelungen, der Abstimmung den Anschein einer öffentlichen zu geben. Das ist ein offenkundiger Verstoß gegen den Sinn der Reichsverfassung. Es ist schlimm, daß Reichsregierung und Reichspräsident nicht gegen die Wahlenthaltungssparole gewirkt haben, schlimmer, daß sie direkt und indirekt dafür gewirkt haben.

Die Fürstendiener haben keinen Grund zum Jubel. Sie haben nicht gewagt, sich im offenen Kampfe zu stellen. Sie haben die

Freigen und Faulen

zu ihren Bundesgenossen gemacht.

Haben wir Grund zur Niedergeschlagenheit? Haben die deutschen Republikaner wirklich einen Kampf verloren, weil es nicht gelungen ist, 20 Millionen Ja-Stimmen anzubringen. Nein und abermals nein! Der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, hatte als Ziel bezeichnet; beim Volksentscheid darf die Zahl der Ja-Stimmen nicht die der Eintretungen erreichen. Auf dem flachen Land ist dieses Ziel hier und da erreicht worden. Aber die Städte haben die Verluste nicht nur wettgemacht, sondern auch noch

ein Mehr von zwei Millionen Ja-Stimmen

gebracht. Um die Bedeutung der 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen richtig einschätzen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß eine 100prozentige Wahlbeteiligung nie zu verzeichnen war und selbst bei Einführung der Wahlpflicht wohl nie ganz zu erreichen sein wird. „Tote Seelen“ dürften aus den Wahllisten nie ganz auszumerzen sein. Von den rund 40 Millionen Wahlberechtigten sind z. B. bei der Reichstagswahl 1924 etwas über

30 Millionen Wähler zur Urne gegangen.

(Genau: 30 282 997 gültige Stimmen sind damals abgegeben worden.) Wer das Ergebnis des 20. Juni politisch werten will, muß von den 30 Millionen Bürgern ausgehen, die überhaupt zur Urne zu bringen sind. Bei der Reichstagswahl 1924 haben Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 10 688 974 Stimmen erhalten; zum Volksbegehren trugen sich 12 516 673 Wähler ein und am 20. Juni haben 14 446 779 mit Ja gestimmt, das ist gegen die Reichstagswahl ein Mehr von 3 757 805 Stimmen.

Bei der Reichstagswahl kam auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter. Die Sozialdemokraten erhielten 131 Sitze, die Kommunisten 45 Sitze, zusammen 176 Mandate. Legt man das Ergebnis des 20. Juni zugrunde, würden Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 249 Mandate erhalten. Der Reichstag hat insgesamt 493 Sitze, wir hätten also eine — wenn auch knappe — sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit.

Das ist der politische Erfolg der wochenlangen schier übermenschlichen Anstrengungen der deutschen Arbeiter. Der 20. Juni hat bewiesen: der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung entspricht nicht mehr dem Willen der Wählerschaft. Daran wird immer und immer wieder zu erinnern sein, wenn dieser Reichstag darangeht, ein Fürstenabfindungsgesetz zu machen. Vierzehn Millionen Wähler haben sich für entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ausgesprochen. Der Feststellung, wie viele Wähler für die Erfüllung der Fürstenerfordernisse sind, haben sich die Fürstendiener entzogen, und wenn sie mit der Behauptung auftreten, alle Wähler, die nicht zur Abstimmung gegangen sind, hätten sich für die Fürsten erklärt, wird man sie anlachen und ihnen mit der Forderung auf

Reichstagsauflösung

antworten. Dieser Reichstag hat in der Fürstenabfindung versagt und ist nicht imstande, die Frage so zu lösen, wie es dem Gerechtigkeitsgefühl der Wähler entspricht.

Der Kampf gegen die Fürstenerfordernisse geht weiter. Es gilt zu einem dritten Gange sich zu rüsten und vorzubereiten. Wir dürfen uns keine Ruhezeit gönnen. Der Kampf ist zu Ende — es lebe der Kampf! Die monarchistische Reaktion jubelt zu früh, wenn sie den negativen Ausgang des Volksentscheids als ihren Sieg ausposaunt. Noch ist die Frage der Fürstenabfindung nicht gelöst, noch ist die Entscheidung offen. Auf unserer Seite stehen 14 1/2 Millionen Wähler, die allem Terror zum Trotz sich offen für das Volksbegehrensgesetz erklärt haben. Wir werden prüfen, warum es nicht noch mehr waren, wir

werden aus den Erfahrungen dieses Kampfes lernen. Der Kampf gegen den Raubzug der Fürsten an deutschem Volksvermögen wird fortgesetzt, mit unerminderter Energie, mit noch größerer Erbitterung und gesteigerter Willenskraft. Volkswohl über Fürstentwohl! ist die Parole für die kommenden Wochen. Volksbegehren und Volksentscheid sind darüber — auf zum dritten Gang mit den Fürstendienern! —

Zusammenstöße.

In vielen Orten des Reiches ist es am Tage des Volksentscheids zu Zusammenstößen von politischen Gegnern gekommen, die oft ein blutiges Ende nahmen. Aus Halle, Breslau, Köln und Leipzig liegen Meldungen vor über Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Stahlhelmlern, in die auch — wie in Breslau — oft Reichsbannerleute die schwerste Ausschreitungen zu verhindern suchten, mit hineingezogen wurden. Wir geben nachfolgend einige der Meldungen des Volksbureaus:

Halle: In der Umgebung, in Ammendorf, kam es zwischen Stahlhelmlern, die in Autos durch den Ort fuhren, und Kommunisten, zu einem Zusammenstoß, bei dem auch Schüsse fielen. Von den Stahlhelmlern wurden sieben verletzt, darunter zwei schwer, von den Kommunisten drei.

Breslau: Der Abstimmungssonntag ist in der sehr bewegten Stadt außer einer kleinen Schlägerei zwischen Stahlhelmlern und Kommunisten in Karlowitz, einem Vorort von Breslau, ruhig verlaufen. Herbeigerufene Reichsbannerleute brachten die Streitenden auseinander. In den Nachmittagsstunden kam es vor der Oberrealschule auf dem Lehndamm zu Schlägereien, wobei ein Arbeiter so schwer verletzt wurde, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Köln: Zu einem größeren Zusammenstoß kam es nur in der Hohen Straße, wo Kommunisten von einem Laskano aus Ansprachen hielten. Bei einer anschließenden Prügelei wurden vier Personen leicht verletzt. Die Polizei säuberte die Straße.

Leipzig: Eine Gruppe von Kommunisten, die eine Propagandafahrt auf Lastkraftwagen in die Umgebung unternommen hatten, sind bei Taucha mit Angehörigen des Berwölfs, die in einer Sandgrube eine bewaffnetlich nicht genehmigte Schießstandanlage bewachten, zusammengestoßen. Dabei wurden zwei Berwölfsleute erheblich verletzt.

Außer diesen Meldungen wird noch berichtet über Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalisten in Gehlitz bei Taucha und in Ditzig. Werkwürdigerweise aber sind dort nur arme unschuldige Berwölfsleute schwer verletzt worden. Es erübrigt sich, diese gefärbten Berichte mitzuteilen. Die hier angeführten Orte sind bestimmt nicht die einzigen, in denen oft schwere Überfälle vorliefen; denn wenn es sogar in dem sonst besonnenen Magdeburg zu heftigen Kämpfen mit Nationalisten kam, so beweist das, wie fanatisch die Schwarzweisser ihre „Entschädigungsparole“ mit allen Mitteln des Terrors durchzusetzen versuchen. Wenn es ihnen nur um Enthaltung, nicht aber um Terror zu tun gewesen wäre, hätten sie nichts zu tun gehabt, als zu Hause zu bleiben. Statt dessen errichteten sie „Standquartiere“ und versuchten, die Enthaltung mit Gewaltnüppeln und noch gefährlicheren Waffen zu erzwingen. —

14 440 779 Ja-Stimmen.

Am Montag vormittag wurde vom Reichswahlleiter das Ergebnis des Volksentscheids wie folgt beziffert:

Stimmberechtigte	39 687 848
Ja	14 440 779
Nein	5 846 672
Ungültig	5 593 701
Volksbegehren	12 516 673
Reichstagswahl 1924 (S. P. D. u. R. P. D.)	10 688 974

Aus dem vorläufigen amtlichen Ergebnis ergibt sich, daß beim Volksentscheid 36,3 Prozent der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben. —

Im besten Mannesalter stehender russischer Oberst, nicht etwa interniert, sondern er durfte noch am fünften Mobilmachungstage unter Mitnahme seines beweglichen Vermögens und des wertvollen Familienschatzes im Kraftwagen nach der Schweiz abreisen, von wo er sich nach Lugano begab, um in der Armee bei Stäben usw. Dienste zu leisten. Während also in Russland schon eine Woche früher vor der Kriegserklärung Deutsche nach Sibirien verschleppt wurden, konnten es deutsche Fürsten und deutsche Behörden mit ihrem Gewissen vereinbaren, internationale verwandtschaftliche Beziehungen hoher Herrschaften höher zu stellen als die Interessen des Vaterlandes.

„Säuberung“ von Republikanern.

Der Zug der neuesten Zeit, die wichtigsten Ämter der Republik von Republikanern zu „säubern“, z. B. Befehung von Staatssekretärämtern mit extrem Deutschnationalen, findet seine Krönung in dem Bestreben, auch in der Umgebung Hindenburg eine Aenderung infolge herbeizuführen, daß man den vom ersten Reichspräsidenten Ebert übernommenen Staatssekretär Meißner durch einen „zuverlässigen“ Anti-Republikaner ersetzen will. Als aussichtsreichster Kandidat wird in den Reihen der Deutschnationalen Freiherr von Gayl genannt, der zur Zeit der Inflation und auch später noch von den Propagandisten einer Diktatur als Reichsminister des Internen in Aussicht genommen war, und sich im gegebenen Fall auch ohne weiteres an einem solchen verfassungswidrigen Plane beteiligen hätte.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat kürzlich erst in einer öffentlichen Kundgebung über diese deutschnationalen Pläne gesprochen, ohne daß eine Gegenäußerung der zuständigen Reichsstellen erfolgte. Sie lehnen auch jetzt noch eine Erklärung ab, nachdem die Angelegenheit durch die demokratische Presse wieder in den Vordergrund gerückt worden ist.

Diese Zurückhaltung, die man sonst von der jetzigen Reichsregierung — z. B. gegenüber dem Volksscheid — nicht gewohnt ist, liefert eine indirekte Bestätigung dafür, daß die Pläne, den Staatssekretär Meißner loszuwerden, bestehen und den Reichspräsidenten selbst bereits ernsthaft beschäftigen. Im andern Falle wäre es nicht nur möglich, sondern auch notwendig, das Gegenteil klipp und klar festzustellen. Man spricht neuerdings auch davon, daß Hindenburg sofort eine Aenderung in seiner Umgebung vorzunehmen beabsichtigt, sobald der Reichszentralrat seinen jetzigen deutschnationalen Staatssekretär durch eine ihm nahestehende Vertrauensperson ersetzen würde. Die deutschnationalen versuchen jedenfalls unter allen Umständen, die in ihrem Besitz befindlichen wichtigen Ämterstellen nicht nur zu halten, sondern darüber hinaus auch noch andere maßgebende Ämter zu besetzen.

Wird Hindenburg, der schon durch den Brief an Loebell, durch seine einseitige Stellungnahme im Volksscheid für die Fürsten, stark an Vertrauen eingebüßt hat, sich völlig in die Hände von Demagogen und politischen Schiebern begeben? Sie würden ihn schon dahin bringen, daß er sich den letzten Rest des Volkstrauens, das hier und dort noch haften geblieben sein mag, auch noch verschert. Darum ist er gut beraten, wenn er Meißner statt irgendeinem deutschnationalen Sasarator als persönlichen Kanzler besetzt.

Wieder ein Justizskandal.

Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet über folgenden empörenden Zustand:

In der Nacht zum Sonntag den 30. Mai kam es in Spandau zu einem Zusammenstoß zwischen einem Drupp Bismarckbündlern und einigen Reichsbannerleuten. Der Zusammenstoß artete zu einer Prügelei aus, bei der mehrere Reichsbannerleute und Bismarckbündler verhaftet und zum Polizeipräsidium gebracht wurden. Von dort wurden die Reichsbannerleute in Unterjochungshaft gesteckt, in der sie sich noch heute befinden.

Zwischen ist eine Anklage wegen Landfriedensbruchs gegen sie erhoben worden. Unter den Verhafteten, die alle bisher unbestraft sind, befinden sich auch zwei Familienväter. Alle Beteiligten befinden sich seit Jahren in Spandau in festem Arbeitsverhältnis; Glaubverdacht ist bei ihnen völlig ausgeschlossen.

Was ist nun der Grund der Verhaftung? Nach den Angaben der Beschuldigten kamen sie in der fraglichen Nacht hinaus, als ein Republikaner von Angehörigen des Bismarckbundes in der unklüglichen Weise beschimpft wurde, und versuchten, Ruhe zu stiften. Als ihnen dies nicht gelang, haben sie Polizei zu Hilfe gerufen. Kein einziger der Beschuldigten will sich irgendwie an Gewalttätigkeiten beteiligt haben. Einer von ihnen hat, als ein Bismarckbündler einen Schuß abgab, versucht, dem Betreffenden die Waffe zu entreißen, hat jedoch statt der Pistole nur einen Totschläger erlangen können. Die Bismarckbündler hatten Revolver und Totschläger, die ihnen nur teilweise auf der Polizei abgenommen wurden, während die Beschuldigten überhaupt keine Waffen, noch nicht einmal Spazierstöcke hatten.

Aber selbst, wenn der Beschuldigten sich strafbar gemacht hätten, wäre die Verhängung der Untersuchungshaft nicht unangelegentlich, als die Bismarckbündler, die sich im Besitz von Waffen befinden, aus der Haft entlassen wurden.

Rechtsreue in Frankreich.

Nach stündlichen Beratungen hat Berriat, der in der Nacht zum Sonntag davon überzeugt war, das französische Kabinett bilden zu können, sich von der Aussichtslosigkeit überzeugen und sich entschließen mußten, den Präsidenten der Republik von dem Mißerfolg seiner Bemühungen in Kenntnis zu setzen. Dieser hat sich daraufhin nochmals an Briand gewandt, der sich bereit erklärt hat, den Versuch der Kabinettsbildung ein zweites Mal zu unternehmen.

Vorläufige amtliche Kreisergebnisse des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt.

Kreis Calbe. Ja 37 555, Nein 1801, Ungültig 1779. Stimmberechtigte 71 014. (Vollstbegehren 81 481, Reichstagswahl 81 286.)
Kreis Gardelegen. Ja 7918, Nein 813, Ungültig 134. Stimmberechtigte 89 246. (Vollstbegehren 5411, Reichstagswahl 8102.)
Kreis Halberstadt Land. Ja 7309, Nein 278, Ungültig 427. Stimmberechtigte 25 515. (Vollstbegehren 6084, Reichstagswahl 5823.)
Kreis Jerichow I. Ja 12195, Nein 501, Ungültig 558. Stimmberechtigt 86 193. (Vollstbegehren 9772, Reichstagswahl 12 091.)
Kreis Jerichow II. Ja 16 836, Nein 646, Ungültig 476. Stimmberechtigt 48 895. (Vollstbegehren 18 576, Reichstagswahl 12 044.)
Kreis Neuhaldensleben. Ja 17 620, Nein 682, Ungültig 539. Abstimmungsrechtigt 41 993. (Vollstbegehren 16 819, Reichstagswahl 17 553.)
Kreis Osterleben. Ja 11 786, Nein 472, Ungültig 488. Stimmberechtigte 34 632. (Vollstbegehren 10 466, Reichstagswahl 13 680.)
Kreis Osterburg. Ja 5111, Nein 205, Ungültig 96. Stimmberechtigte 28 161. (Vollstbegehren 2801, Reichstagswahl 5039.)
Kreis Quedlinburg (Land). Ja 13 803, Nein 532, Ungültig 800. Stimmberechtigte 29 699. (Vollstbegehren 12 534, Reichstagswahl 12 867.)
Kreis Salzwedel. Ja 3358, Nein 123, Ungültig 187. Stimmberechtigte 38 742. (Vollstbegehren 2078, Reichstagswahl 4091.)
Kreis Stendal Land. Ja 11 840, Nein 341, Ungültig 289. Stimmberechtigte 34 159. (Vollstbegehren 8356, Reichstagswahl 9928.)
Kreis Wanzleben. Ja 22 447, Nein 648, Ungültig 1074. Stimmberechtigte 41 840. (Vollstbegehren 20 857, Reichstagswahl 21 061.)
Kreis Wernigerode. Ja 9758, Nein 343, Ungültig 555. Stimmberechtigte 26 313. (Vollstbegehren 6648, Reichstagswahl 8643.)
Kreis Wolmirstedt. Ja 16 339, Nein 520, Ungültig 732. Stimmberechtigte 32 934. (Vollstbegehren 14 605, Reichstagswahl 14 695.)
Häckerleben (Stadt). Ja 8923, Nein 232, Ungültig 279. Stimmberechtigte 18 619. (Vollstbegehren 8128, Reichstagswahl 7647.)

Halberstadt (Stadt). Ja 12 053, Nein 496, Ungültig 1165. Stimmberechtigte 31 701. (Vollstbegehren 9452, Reichstagswahl 11 800.)
Magdeburg. Ja 110 822, Nein 2547, Ungültig 4210. Stimmberechtigte 210 923. (Vollstbegehren 91 508, Reichstagswahl 83 214.)
Quedlinburg (Stadt). Ja 6350, Nein 270, Ungültig 880. Stimmberechtigte 17 116. (Vollstbegehren 5067, Reichstagswahl 5822.)
Stendal (Stadt). Ja 8458, Nein 227, Ungültig 180. Stimmberechtigte 19 887. (Vollstbegehren 4706, Reichstagswahl 6850.)
Burg (Stadt). Ja 10 194, Nein 464, Ungültig 611. Stimmberechtigte 16 442. (Vollstbegehren 8990, Reichstagswahl 8242.)
Ballenstedt. Ja 8008, Nein 384, Ungültig 372. Stimmberechtigte 20 768. (Vollstbegehren 6800, Reichstagswahl 8050.)
Bernburg (Land). Ja 19 315, Nein 741, Ungültig 1251. Stimmberechtigte 36 244. (Vollstbegehren 17 482, Reichstagswahl 17 259.)
Röthen. Ja 7555, Nein 403, Ungültig 409. Stimmberechtigte 18 494. (Vollstbegehren 6569, Reichstagswahl 8492.)
Deffau. Ja 10 594, Nein 531, Ungültig 698. Stimmberechtigte 21 378. (Vollstbegehren 9189, Reichstagswahl 9150.)
Berbst. Ja 10 854, Nein 645, Ungültig 561. Stimmberechtigte 26 828. (Vollstbegehren 9273, Reichstagswahl 10 243.)
Bernburg (Stadt). Ja 11 135, Nein 395, Ungültig 1585. Stimmberechtigte 23 244. (Vollstbegehren 9023, Reichstagswahl 9299.)
Röthen (Stadt). Ja 7427, Nein 404, Ungültig 703. Stimmberechtigte 18 065. (Vollstbegehren 6599, Reichstagswahl 6586.)
Kreis Deffau Stadt. Ja 23 437, Nein 1651, Ungültig 2344. Stimmberechtigte 49 507. (Vollstbegehren 19 559, Reichstagswahl 20 047.)
Kreis Jerbst. Ja 5552, Nein 406, Ungültig 280. Stimmberechtigte 12 511. (Vollstbegehren 4730, Reichstagswahl 4923.)
Gesamtergebnis preußisches Gebiet. Ja 349 923, Nein 11 144, Ungültig 14 847. Stimmberechtigte 838 474. (Vollstbegehren 288 428, Reichstagswahl 304 057.)
Gesamtergebnis anhaltisches Gebiet. Ja 103 877, Nein 5610, Ungültig 8204. Stimmberechtigte 227 029. (Vollstbegehren 89 024, Reichstagswahl 94 049.)
Gesamtergebnis des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt. Ja 453 800, Nein 16 754, Ungültig 23 051. Stimmberechtigte 1 065 508. (Vollstbegehren 377 452, Reichstagswahl 398 106.)

An seinem Gelingen ist diesmal nicht zu zweifeln, da Briand entschlossen ist, auf die Mitwirkung der Linken nunmehr zu verzichten und ein neues Ministerium aus der Mehrheit zu bilden, die sich in den Abstimmungen der letzten Monate neu gruppiert hat.

Das neue Ministerium Briand, das zehnte dieses Namens, das aller Wahrscheinlichkeit nach noch am Montag zustande kommt, wird demnach ein ausgeprochen rechts orientiertes Ministerium sein.

Wenn Briand als Finanzminister hinzuziehen will, läßt sich vorläufig nicht sagen. Die reaktionäre Presse verlangt für jenen Poincaré. Dieser scheint aber keine Lust zu haben, sich an den Finanzen zu versuchen. Er zieht es vor, ein Staatsministerium wie dasjenige der Juffiz zu übernehmen, weil mit diesem die Verwaltung von Elsaß-Lothringen verbunden ist. Auch Chaillaux wurde als Finanzminister genannt, doch ist dessen Zufage sehr zweifelhaft.

Am Sonntag hat der treueste Gefolgsmann Caillaux, der junge radikal-sozialistische Abgeordnete Montigny, in der Provinz eine Rede gehalten, in der er sich scharf gegen jede Zusammenarbeit mit Poincaré ausgesprochen hat.

Wie es Briand gelingen wird, mit Hilfe der Rechten die verfahrenen Finanzen in Ordnung zu bringen, muß abgewartet werden. Daß die Rechte deshalb, weil sie zur Macht gelangt, steuerfreundlicher wird, ist natürlich ausgeschlossen; denn die Regierungskrisen Frankreichs haben ja darin ihre Wurzel, daß die Besitzenden keine Steuern zahlen wollen und die arbeitende Bevölkerung nicht noch mehr als bisher zahlen kann.

Notfchrei der Bergarbeiter.

Die unerträgliche Not im Ruhrbergbau, die hervorgerufen wurde durch die Stilllegungswillfähr des Unternehmens nach dem Verhandlungsergebnis der Bergarbeiter Deutschlands Veranlassung, in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie von Rheinland und Westfalen eine

Ausdehnung der Bergarbeiterschaft

zu veranlassen. Der Vorsitzende des Verbandes Husemann bezeichnete die Ausdehnung als einen Warnruf in höchster Not. Das Ministerium habe es bisher nicht einmal für nötig befunden, auf alle Forderungen um Hilfsmaßnahmen zu antworten. Allein im Jahre 1926 sind 79 Zechen mit rund 43 000 Arbeitern stillgelegt worden. Fast 200 000 Ruhrbergarbeiter liegen auf der Straße und der Lohn der noch arbeitenden ist durch Preisstößen derart vermindert, daß die Situation voller sozialer Gefahren ist. Ohne Zweifel sei der Hauptteil der Stilllegungen zurückzuführen auf die einseitigen privatwirtschaftlichen Interessen der Bergbauunternehmer. Insbesondere müsse, wenn überhaupt eine Besserung der Lage eintreten soll, das System der bestehenden Quotenabrechnung

durch Eingreifen der Reichsregierung

beseitigt werden. Die Bergarbeiterschaft erwarte, daß die Reichsregierung endlich jenen Vorschlagsentwurf dem Reichstag unterbreite, wie das der Reichstag in einer Entschliessung vom 30. April 1926 gefordert habe.

Robert Schmidt (Berlin) unterstrich die Ausführungen Husemanns und betonte, daß auch ihm die Quotenfrage als der Angelpunkt in der Angelegenheit der Stilllegungen erscheine. Es müsse endlich verhandelt werden, daß die Quoten übergeben oder verkauft werden könne. Damit würde freilich die Kohlenkrise noch nicht beseitigt. Vielmehr sei es Aufgabe der Bergbauindustrie, sich den veränderten technischen Bedingungen anzupassen. Er habe die chemische Aufbereitung in Gas und Öl für unter allen Umständen notwendig, was freilich in dem notwendigen Ausmaß innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich sei. Für die Bergbauangehörigen erklärte der Steiger Halbfell, daß in der Stilllegungsfrage die Interessen der Bergbauangehörigen und Bergarbeiter die gleichen seien und die Angehörigen der Bergbauangehörigen des Bergarbeiterverbandes unterstützen würden, die darauf hinarbeiteten, die unglückliche

Not im Ruhrgebiet beseitigen zu helfen.

Er erhob den Vorschlag gegen die Reichsregierung, daß sie die Vorkämpfer des einst bestehenden Stilllegungsausschusses demnach initiert habe. Notwendig sei vor allem, daß die Gewerkschaften endlich einmal Einigkeit in der Forderung und Gewerkschaften erzielten. Darüber sei sich eigentlich jeder vernünftige Mensch im Ruhrgebiet klar, daß, so wie die Dinge jetzt liegen, sie unmöglich zu erreichen seien.

Der Vorsitzende des Kreises Siehe Droopius erklärte,

Gemeinden am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien. Rund 25 Prozent der Bevölkerung seines Kreises würden aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die sich jetzt schon bemerkbar machenden Folgen seien in sozialer Hinsicht katastrophal, und er dürfe wohl für alle von der Stilllegungsaktion betroffenen Gemeinden sprechen, wenn er vom Staate den Parlamenten und Parteien verlange, daß endlich Abhilfe geschaffen würde.

Der Regierungspräsident Brüning (Arnsberg) befürchtet, daß die Krise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe. Die Regierung in Arnsberg habe in diesem Jahre mehr als 300 Stilllegungsanträge zur Bearbeitung gehabt. Eine große Anzahl liege noch zur Erledigung vor, weitere sind angekündigt. Die Arbeitslosigkeit im Regierungsbezirk Arnsberg betrage rund 200 000 Personen. Rund 100 000 Arbeiter werden voraussichtlich überhaupt nicht mehr in der Ruhrwirtschaft beschäftigt werden. Was mit diesen Bedauernswerten geschehen soll, das wisse auch er nicht. Er hoffe, daß die Regierung Maßnahmen ergreife, die Notlage im Ruhrgebiet zu mildern.

Die Konferenz sagte einstimmig eine Entschliessung, in der es heißt, daß die Notlage der im Bergbau Beschäftigten und der Gemeinden endlich die notwendige Beachtung finden müsse. Weitere Tätigkeiten beschwöre die Gefahr

schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen

herauf. Die Konferenz stelle sich hinter die Entschliessung des Reichstages, deren beschleunigte Durchführung sie verlangt. Es darf keine Zeit mehr verloren gehen, um die Forderungen des Reichstages endlich in die Tat umzusetzen. In alle im Bergbau Beschäftigten aber sei der Ruf ergangen, ihren unbeschränkten Willen zum Erfolg durch festen organisatorischen Zusammenhalt wirksam Ausdruck zu geben.

Notizen.

Steuerverleichterungen für die Winzer. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat eine Verordnung erlassen, die weitgehende Steuererleichterungen für die Winzer bringt.

Das Urteil im Winzerstreit. Nach mehrtägiger Verhandlung ist in Erier der Streit gegen die Roselunger, die Ende Februar dieses Jahres das Finanzamt in Fernthal stürmten, die Akten und Papiere auf die Straße warfen und dort auf einem Scheiterhaufen verbrannten, zu Ende gegangen. Ein Angeklagter, der einen Mann niedergeschlagen hatte, erhielt 6 Monate Gefängnis, ein anderer, der einen Beamten mit dem Stabe geprügelt hatte 7 Monate, elf andere wegen schweren Landfriedensbruchs 6 Monate, zwei wegen einfachen Landfriedensbruchs 3 Monate und Freigabe der Kosten; 13 Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht hat sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände zugesprochen. Dem zu 3 Monaten und zwei der zu 6 Monaten Gefängnis Verurteilten wurde eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugesprochen.

Eine schlechte Justizrechnung. Vor dem Erlanger Verwaltungsgericht wurde das Urteil in dem Verleumdungsprozeß des nationalsozialistischen Stadtrat Eril gegen den Nürnberg Oberbürgermeister Dr. Luppe verurteilt. Es wurde Dr. Luppe, weil er gegen Eril wiederholt den Ausdruck „ein Mann von so niedriger Gesinnung wie Eril kann mich nicht beleidigen“ gebraucht hat, der fortgesetzten Verleumdung, und Stadtrat Eril, weil er gegenüber Dr. Luppe von Vorwurf des schamlosen Altemißbrauchs erhoben hat, der üblen Nachrede für schuldig befunden. Beiden Parteien wurde jedoch unter Anwendung des § 189 für straflos erklärt. In erster Instanz waren Dr. Luppe zu 150 und Eril zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das wurde nun vom Gericht nach § 189 für gegenstandslos aufgerechnet erklärt und damit die Nebenfolge eines Böshen gleich der einfachen eines Republikaners erachtet. Ist das der allgemeine Verteilungsschlüssel unserer Durchschnittsjustiz?

Arbeitskonferenz. Die Arbeitskonferenz in Genf geschwicht am Sonntagabend das Mandat des englischen Arbeitervertreters Hugh und ebenso das Mandat des belgischen Arbeitervertreters. Gegen beide Mandate war vom englischen bzw. belgischen Gewerkschaftsverband Einspruch erhoben worden. Am Nachmittag wurde nach kurzweiliger Auseinandersetzung das Mandat des belgischen Arbeitervertreters mit 67 gegen 24 Stimmen für nichtig erklärt. Der Kommissionsbericht über einen Vorschlagsentwurf zur Aufhebung allgemeiner Grundzüge für die Aufsicht zur Soc. wurde mit 67 gegen 14 Stimmen gutgeheißen.

Streit bei den Wiener Schulreformatoren. In der Christl.-Soz. Partei ist infolge des Schulstreiks eine Krise ausgebrochen. Der Christl.-Sozialdemokraten der Partei, der Abg. Rauscher, der vor einigen Tagen ein Schulkommissariat mit der Wiener Sozialdemokratie abgeschlossen hatte, packte aber von seiner Partei ein Gebot entgegen worden ist, weigerte sich am Sonntagabend, an einer Sitzung der Parteiverwaltung der Christl.-Sozialdemokraten teilzunehmen und behauptet auf jenem Kommissariat als Mitglied des Parteivorstandes und als Christl.-Sozialdemokraten. Die Parteiverwaltung beschloß, sich nach dem zu bemühen, Rauscher in der Parteiverwaltung zu behalten. Dieser

Das Ergebnis in Magdeburg.

Stimmberechtigte	212151
Abgegebene Stimmen	117388
Ja	110622
Nein	2547
Angültig	4219
Volksbegehren	93024
Reichstagswahl 1924 (G.P.D. u. R.P.D.)	84591

Als zum Volksbegehren abgestimmt wurde, gehörte Diesdorf noch nicht zu Magdeburg, wir haben aber die Stimmen, die damals in Diesdorf für das Volksbegehren abgegeben wurden, zum Magdeburger Ergebnis mit hinzugerechnet, ebenso die Diesdorfer Stimmen der G. P. D. und R. P. D. von der Reichstagswahl 1924.

In den einzelnen Stadtbezirken Magdeburgs wurde am Sonntag, nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis, wie folgt abgestimmt:

Stadtteil	Volksbegehren	Ja	Nein	Zusammen	Angültig	Wahlberechtigte	Stimmverpflichtete	Stimmlose
Altstadt	29254	29720	718	30438	1098	31476	69398	474
Bismarckstadt	8814	10242	228	10470	255	10725	29574	79
Lebensburg	17681	20886	458	20789	845	21634	31949	351
Neubau	21456	25099	384	25683	866	26499	41380	162
Neudorf	10629	11871	261	12162	612	12774	18014	54
Neustadt	715	811	18	829	14	843	1361	2
Neustadt	3011	2566	70	2638	94	2730	4767	19
Neustadt	7601	8488	200	8688	407	9095	11920	82
Neustadt	1027	1489	35	1524	56	1582	2011	11
Zusammen	89224	110622	2547	113169	4219	117388	212151	1264

Für die Feststellung des Ergebnisses des Volksentscheides ist die Zahl der Wahlberechtigten von ausschlaggebender Bedeutung, weil danach festgestellt werden muß, ob die erforderliche Anzahl Wähler sich an der Abstimmung überhaupt beteiligt bzw. mit Ja gestimmt hat.

Für die Stadt Magdeburg ergibt die Feststellung folgende Zahlen:
 Eingetragene Wähler: 212151
 Davon liegen sich einen Stimmschein ausstellen: 2492
 Bleiben: 209659
 Auf Stimmschein haben gewährt: 1264
 Zusammen: 210923

Von diesen 210923 haben sich 117388 = 55,65 Prozent an der Abstimmung beteiligt und 110622, das sind 52,45 Prozent mit Ja gestimmt. Heber 117000 haben in Magdeburg abgestimmt, über 10000 mit Ja! Es gibt Ungeduldige in den Reihen der Republikaner, die mit diesem Resultat noch nicht zufrieden sind, sie meinen, Magdeburg hätte mehr Ja-Stimmen buchen müssen. Politische Verzweiflung und Rechtsgefühl hätte noch Zehntausende mehr

an den Abstimmungstisch führen müssen. Ungeduld und Unzufriedenheit ist gewiß eine demokratische und vor allem eine sozialistische Tugend, aber man soll sich das Resultat in Magdeburg, die Bedeutung der Entscheidung, die jeder einzelne zu fällen hatte und den Wahlkampf, wie er diesmal geführt wurde, ansehen und danach urteilen.

Die gesamte bürgerliche Presse stand gegen den Volksentscheid, sie ist immer noch Dienerin der Fürsten, will vom Volke nichts wissen. Die „Tageszeitung“, die „Magdeburger Zeitung“ überboten sich in der Beschimpfung der Anhänger des Volksentscheides. Jeden Tag proklamierten und begründeten sie die Parole auf Stimmenthaltung, und jeden Tag wurden ihre Anwürfe ordinärer. Mit dem Volksentscheid hat ein Mensch, der auf Recht, Moral und Keilichkeit hält, nichts zu tun, schreiben sie in jeder Nummer. Aber die Wahllokale veröffentlichten sie doch, weil die Inzerate von der Stadt schwer bezahlt werden. Wenn sie Geld verdienen können, dann wissen sie ihre Moral mühselos auszusprechen.

Nicht so offen wie die beiden genannten Zeitungen führte der „General-Anzeiger“ den Kampf gegen den Volksentscheid. Er muß vorsichtig sein, denn zu seiner Leserschaft gehören Leute aus dem Kreise der Ausgebildeten und Betrogenen, der Arbeiter, kleinen Rentner und Sparer. Er ist ein kapitalistisches Unternehmen, muß kapitalistische Interessen vertreten, aber er braucht Leser aus dem Volke. Diesen Lesern dürfte er nicht zu offen sagen, daß sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen sollen, sondern höchst verdeckt, eingewickelt in allerlei Betrachtungen und Simulacra. Ob er damit viel Glück hatte, ist zwar recht zweifelhaft, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß auch er sich alle Mühe gab, die breiten Massen vom Abstimmungstisch fernzuhalten.

Die Arbeiter, Klein- und Sozialrentner und kleinen Beamten, die immer noch ihr Geld ausgeben für bürgerliche Zeitungen, sollten sich aber die Frage vorlegen, welche Unterstützung sie haben durch „ihre“ Blätter. Sie müssen einen harten Kampf führen um ihre Existenz — politisch und wirtschaftlich —, die bürgerliche Presse aber, die von ihnen lebt, fällt ihnen stets in den Rücken, wenn eine große Entscheidung fallen soll. Wollen sie wirklich für alle Zeiten ihren eignen Feinden Munition liefern?

Und dazu der Kampf der monarchistischen Parteien gegen den Volksentscheid! Sie haben diesmal ganz unerhörte Anstrengungen gemacht. Seit Wochen haben sie den Verleumdung für ihren Kampffonds geschwungen, und die Mittel selbst flossen reichlich,

denn die Herrschaften von Besitz haben Geld, wenn es darauf ankommt, das schaffende Volk niederzuhalten.

Aber alle Agitation mit Zeitungen, Flugblättern, Plakaten, Freiber, Festveranstaltungen jeder Art, Versammlungen und sonstigen Mitteln spielt nicht diese Rolle wie der brutale Terror,

der zur Anwendung kam. Die Deutschnationalen haben die Parole auf Stimmenthaltung ausgegeben. Sie wurde von der gesamten bürgerlichen Presse unterstützt; der Stahlhelm hat an seine Mitglieder den Befehl erlassen, der Wahl fernzubleiben, dadurch wurde die Wahl eine öffentliche. Es konnte kontrolliert werden, wer zur Wahl ging. Man stellte sich nun vor, welche Wirkung diese Parole auf Leute haben mußte — Angestellte, Beamte —, die jeden Tag an ihrer Arbeitsstätte den Terror des Stahlhelms gefühllos zu ertragen haben, die vielleicht einen Stahlhelmschleicher zum Vorgesetzten haben. Die haben sicher, auch wenn sie mit der Entseignung der Fürsten durchaus einverstanden waren, davon abgesehen, zur Abstimmung zu gehen. Denn zu gemein und widerlich ist der Kampf der Monarchisten, der Stahlhelmer, Völkischen und ihrer Verwandten gegen Andersgestimmte.

Brutal hat man auf dem Lande den Arbeitern das Stimmrecht genommen. Dort stellten sich Gutsinspektoren und andre Angestellte der Großgrundbesitzer vor das Wahllokal und notierten die Wähler und Wählerinnen, die zur Abstimmung gingen. In der Stadt hat man andre Mittel gefunden, um die Wähler abzuhalten, ihr Recht auszuüben. Zum wirtschaftlichen Terror kommt hier die

gesellschaftliche Achtung. Ein Beamter, der als Arbeitskollegen oder Hofmannsbeamter Stahlhelmer hat, würde wie ein Ausfälliger behandelt, wenn er seine republikanische Gesinnung offen zeigte. Das erträgt nicht jeder, das ertragen vor allem die Frauen nicht. Deshalb blieb mancher zu Hause — um vor dem Gesindel Ruhe zu haben.

Die Furcht vor dem Terror zeigte sich schon, als amtlich Wahllokale gesucht wurden. In einem Bezirk der Nordfront haben zunächst alle abgelehnt, die bestellt wurden. Eine Ausrede fanden sie selbstverständlich alle. Schließlich fand man noch einen Vorsteher, der den Post hatte, den Hof der monarchistischen Spießer auf sich zu lenken.

In einem Stütz für alte Leute — von der Stadt unterhalten — hat eine Schwester vom Wohlfahrtsamt die Insassen aufgefordert, der Wahl fernzubleiben. Dafür wird die Schwester von der Stadt bezahlt.

Es wäre falsch, wollte man außer acht lassen, daß auch dieselbe Unruhe und stimmungsmäßige Hemmungen gegen die Beteiligung an der Abstimmung fanden. Ein Volksentscheid, ein Gesetz, direkt gegeben vom Volke, gegen die Fürsten, die einmal unantastbare Heiligenscheitel von Gott waren — so hat man es doch in der Schule gelernt —, das war etwas so unerhörtes Neues und Großes, daß sich mancher gute Bürger nicht getraute, hier ja! oder nein! zu sagen.

Wenn alles das berücksichtigt wird, dann kann mit gutem Rechte gesagt werden: das republikanische Magdeburg hat sich gut geschlagen! Es haben 110622 Wähler und Wählerinnen mit Ja gestimmt! Eine Ziffer, die kein Gegner erwarten hat. Bezeichnend war ein Telefongespräch. Eine Gesellschaft von rechts gerichteten Leuten fragte nach dem Resultat. Der gute Mann, der aus der Telefonzelle kam, sagte, es ist noch ganz abgelaufen: 10000 Ja-Stimmen. Darauf ein anderer, das scheint mir nicht zu stimmen, fragen wir noch einmal. Er ging selbst an den Apparat. Nach Zehntausend, rief er dann, sondern Hunderttausend! Die ganze Stunde schaute

Die Lampe mit dem roten Schirm.

Nomen von Otto Schwert. (16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Doktor hat recht, hat Violenta ein. Was interessiert mich der Fall Professor. Ich finde es gar nicht nett von Dir, mir diese dummen Anspielungen auf Nordgeschichten die Erinnerung für mein Exzerpt heute abend zu beibringen. Du hast recht, cara mia. Entschuldige, sagte Leumann. Monjestrath höflich und griff nach der Hand der Sängerin. Die drei händeln von neuem vor dem Hotel. Von der nahen Kirche schlug es wieder Uhr. Ich muß ins Theater, sagte Violenta. Wir begleiten Dich natürlich, besetzte das Monjestrath zu sprechen. Nicht wahr, Doktor. Sie gehen doch auch mit? Selbstverständlich. Ich würde nicht, was ich lieber nur eine, antwortete Zug und verbeugte sich leicht.

Dann nahmen die beiden Herren Violenta in die Mitte und wandten ihre Schritte dem nahen Teatro Alfano zu. Die beiden als Gruppe im Waldraum vor Doktor Straus das Theater Publikum zu wahren Bekanntheitsnamen begünstigt. In einer kleinen Seitenpforte des Theaters, aus dem hinaus, verabschiedete sich Violenta von den beiden Herren, die im langsam dem Weg nach dem Corso, der Hauptstraße Triests, schritten.

„Warum gehen Sie denn heute abend nicht ins Theater?“ Zug lächelte seinen Begleiter.

Dieser antwortete nicht sofort, er ging zu langsam über die Straße hinüber, dann wandte er sich entschuldigend an Zug.

„Ganzahn Sie bitte, da draußen geht der Feldmarschallmann vom Glanz-Museum, der es höchst eitel ist, wenn man ihm nicht rechtzeitig Ehrenbezeugungen erweist. — Warum heute nicht ins Theater gehen? Oben Sie mal, verzeihen Sie, vierzehn Tage lang jeden Abend Waldraum wird auf die Tante doch zu viel. Ich habe mich für heute abend entschlossen Violenta entschuldigend, denn ich muß einen wichtigen Besuch machen, den ich unmöglich noch länger aufschreiben kann.“

„Da wird Signorina Felas nach eigentlich sein.“

„Bona, und gar nicht, Doktor. Violenta ist eine durchaus hübsche Person, der man überall die gute Anerkennung an.“

„Was ich ihm nicht verdanken kann.“

„Mag sein, in meinen Augen ist deshalb Violenta aber nicht mehr und nicht weniger wert. Wenn mein alter Herr, um allem schuldigen Respekt, nicht einen so fürchterlichen Diebstahl hätte, würde ich Violenta vom Riede weg heitern, aber eine Komplizen, und was das Schlimmste ist, noch Inzestlerin dazu. — damit darf ich dem Herrn Leo Nepomuk von Monjestrath auf Schloss Kobzianka nicht kommen. Demnach wird er sich wohl oder übel fügen müssen, denn ich lasse von Violenta nicht. Entschuldigen Sie, Zug, fuhr er leicht erzornend fort, „wenn ich Sie mit meinen Liebesangelegenheiten behelligte, Sie, den ich eigentlich kaum kenne, aber Sie sind mir in der kurzen Zeit untröstlicher Bekanntheit so lieb und teuer geworden, daß ich vermute, man jahrelang mit Ihnen befreundet zu sein.“

Leumann von Monjestrath brach ab und fuhr schnell mit dem rechten Hand an die goldbetriehte Kugel.

„Es ist ehelich, lieber Zug, fuhr er lachend fort. „Wenn ich auf dem Corso in Triest spazierengehe, würde ich zweifelhaft den rechten Arm gleich an der Kugel festbinden.“

„Ich kenne das,“ antwortete Zug. „Was ich vor mehreren Jahren mein Fremdlingenjahr abdicte, habe ich mich auch tagtäglich über den großen Bekanntheitskreis geäußert, den man beim Militär hat. Daran muß man sich schon gewöhnen.“

„Wenn es Ihnen recht ist, Zug, begleite ich Sie bis an Ihr Hotel, wo ich mich für heute erziele.“

Zug nickte, und plaudernd gingen die beiden Herren über den belebten Corso zurück, an der Ecke vorbei, nach dem nahen Exzerpt Palazzo Hotel, wo sich Leumann von Monjestrath mit einem herzlichen „Gottso — Auf Wiedersehen“ verabschiedete.

Doktor Zug blieb einen Augenblick vor den Doppeltüren stehen und warf noch einen Blick auf den Hofen mit seinem Kapfenmaß. Weit hinten am Horizont ging die Sonne unter und überzog die leuchtende Luft mit einem vorgoldenen Schimmer. Einen letzten Augenblick nur ruhten seine Augen auf dem herrlichen Bild, dann drehte er sich auf dem Absatz um und ging ins Hotel.

Als er seinen Zimmerhelfer verlangte, trat der Portier, höchst die Kugel ziehend, auf ihn zu.

„Verzeihen Sie Herr Doktor. Ein Polizeibeamter in Zivil war stehen hier und hat Sie sprechen wollen.“

„Wohin sprechen wollen?“ wiederholte Zug erstaunt. „Es ist nichts von Wichtigkeit, Herr Doktor,“ sagte der Portier beruhigend. „Lediglich eine kleine Normalkarte. Herr Doktor wohnen doch schon immer bei drei Normalkarten im Hotel — und die Fremdenpolizei ist in den Tagen immer ein heftig misstrauisch.“

Normalkarte handelt, die in einer Minute erledigt ist, genügt das zupändige Revier.“

„Gut. Wo ist das Revier?“

„In der Via Stadion 32. Das dritte Polizeirevier.“

„Danke, dann gehe ich gleich morgen vormittag. Damit die Herren beruhigt sind. Guten Abend.“

Fünftes Kapitel. Im gleichen Abend, kurz nach sieben Uhr, betrat der Detektiv Nastro das Bureau des Oberkommissars Bondra in der Via Stadion.

„Gut,“ rief Bondra aus. „Wie geht die Sache?“

Nastro machte eine wegwerfende Handbewegung. „Erledigt,“ sagte er mit Betonung. „Das nennt man prompte Arbeit. Im Morgen kommt ein Notiz zur Anzeige, am Nachmittag hat die hochwürdige L. und L. Polizei die Täter schon am Krogen. Recht kann man doch wahrhaftig nicht verlangen.“

Bondra lachte. „Da haben Sie schon recht,“ meinte er gut gelaunt. „Wo ist die Neja und Herr Felacie?“

„Sie warten draußen auf der Backstube. Beim Betreten des Schiffes habe ich sie beide festgenommen. Die Geschäfte hätten Sie schon sollen.“ Nastro lachte laut auf. „Soll ich die Neja oder der Felacie zuerst hereinholen?“

„Die Neja zuerst,“ entschied Bondra. „Bodopovic“ rief er laut ins Nebenzimmer. „Kommen Sie herein. Sie müssen protokollieren.“

Während der Bachmeister von links einzutritt, öffnete sich die zweite Tür, und eine hochgewachsene, schlank Frau von mittlerem Alter und etwas bis achtundzwanzig Jahren, in grauem Kleid, überdeckte die Schwelle.

Ihr schwarzes Augen funkelten jenseit unter einem zarten Netzkleider, und ihr Körper betete kräftig vor verhasstener Erregung, als sie den Kommissar ziemlich stark in italienischer Sprache ansah.

„Erzählen Sie nun endlich, was Ihre Polizeisten von mir wollen? So eine Gemeinheit ist mir nun doch noch nicht zugekommen. Mir meinem Begleiter werde ich mitten von der Straße weg verhaftet und wie ein gemeiner Verbrecher durch die Gassen transportiert. — Ich werde mich beim Polizeipräsidenten beschweren. Ganz jämmerlich sind wie hier nun doch noch nicht.“

Bondra blieb ruhig und ließ sie in der Behandlung derartig kolossal veranlagter Straftäter in Erfahrung.

Die Abstimmungsergebnisse.

dann höchst geistreich drein. Das hätten sie nicht erwartet. Das bedeutet, daß viele Tausende aus bürgerlichen Parteien — trotz der Parole auf Stimmhaltung — mit Ja gestimmt haben.

Die notwendige Stimmzahl, die den Volkentscheid erfolgreich machte, ist im Reiche zwar nicht erreicht worden, aber die Bewegung, die zum Volkentscheid entfacht wurde, wird tiefgehende politische Auswirkungen haben.

Und der Monarchismus hat einen schweren Stoß bekommen. Noch nie sind die Fürsten so in ihrer Erbärmlichkeit gezeigt worden wie in diesem Wahlkampf.

Der Wahlkampf war ein politischer Lehrgang von großer Bedeutung und großem Nutzen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Juni 1920.

Statistisches vom Abstimmungsstempel.

Die Polizeiverwaltung hat uns eine interessante Statistik über den Kampf um den Volkentscheid in Magdeburg gegeben. Sie ist für folgen lautet:

Der öffentliche Abstimmungsstempel wurde in Magdeburg von 1900 bis zum 1. Juni 1920 in 1000 Exemplaren gedruckt.

Zusammenfassung am Wahlsonntag.

Die Hochrechnungen der Abstimmung zeigten ohne die höchsten Zusicherungen richtig bis auf den letzten Tag dem Gesamtstand, an dem es ja Hermann Schlägerer sein kann.

In den Abendstunden des Sonntagmorgens wurde das Hochrechnungsamt durch die Wahlkommissionen und die Wahlkommissionen der Wahlkreise in der Stadt Magdeburg unterhalten.

Der Sonntag gegen 10 Uhr nach Mittag sah sich 70 Personen, darunter die Wahlkommissionen, auf dem Balkon des Reichstagesgebäudes.

Zwischen 10 und 11 Uhr nachmittags wurde das Hochrechnungsamt durch die Wahlkommissionen und die Wahlkommissionen der Wahlkreise in der Stadt Magdeburg unterhalten.

Gegen 12 Uhr nachmittags sah sich 70 Personen, darunter die Wahlkommissionen, auf dem Balkon des Reichstagesgebäudes.

Large table with columns: Wahlkreis, Abstimmungsraum, Stimmzahl, Ja, Nein, Ungültig, Reichstagswahl n. 7.12.20, Reichstagswahl n. 7.12.20, Stimmzahl, Ja, Nein, Ungültig, Reichstagswahl n. 7.12.20, Reichstagswahl n. 7.12.20. Rows include districts like Altstadt, Friedrichsstadt, Zudenburg, Neustadt, and various streets.

müssen in der Reichstagswahl geachtet werden. Sie haben die Wahlkreise in der Reichstagswahl, im Ganzen und am Kopfe erhalten. Zwei von ihnen konnten alsbald wieder entlassen werden.

Table titled 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold' with columns for location and amount. Locations include Magdeburg, Halle, and others. Amounts range from 100 to 1000.

Nachrichten aus der Provinz.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte im Mai eine Kohlenförderung von 6 278 730 Tonnen (Vormonat 6 791 526 Tonnen), eine Bricketherstellung von 1 699 808 Tonnen (Vormonat 1 724 797 Tonnen) und eine Kokszerzeugung von 87 275 Tonnen (Vormonat 85 072 Tonnen).

Die arbeitstäglige Produktion betrug an Kohle 278 280 Tonnen (Vormonat 282 980 Tonnen), an Bricketten 70 817 Tonnen (Vormonat 71 867 Tonnen) und an Koks 1202 Tonnen (Vormonat 1169 Tonnen).

Im Mai bewegte sich die Nachfrage nach Kohle auf dem außerordentlich ungünstigen Stande des Vormonats. Eine Verschlechterung gegen diesen Monat war allerdings nicht festzustellen. Der Bricketabsatz war im Mai sehr schwankend.

Die Kapselsteinfabrikation war im Mai noch nicht von allen Werken wieder aufgenommen. Der Kapselsteinabsatz konnte als normal bezeichnet werden. Der Grubekohlsatz hielt sich auf der Höhe des April.

Kreis Jerichow 1.

Table with 6 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig, Stimmberechtigt, Volksbegehren. Lists various locations in Kreis Jerichow 1.

Industrie hält die ungünstige Arbeitsmarktlage an. Einige Schloffer fanden vorübergehend Beschäftigung. Durch das eingetretene Hochwasser der Elbe und die damit verbundene Anmeldeung der Deffnung des Prehner Wehres brachte die gesamten Pächter und Besitzer von Elbwiesen in begriffliche Erregung.

Stadtkreis Burg.

Der Volkstentfcheid wurde durch eine von der örtlichen Parteileitung, dem Reichsbanner und dem Ortsausführenden beauftragte wirkungsvolle Demonstration am Sonntagabend eingeleitet. Das rege Interesse an der Abstimmung fand seinen Ausdruck in der starken Beteiligung der Bevölkerung an der Kundgebung.

Kreis Jerichow 2.

Table with 6 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig, Stimmberechtigt, Volksbegehren. Lists various locations in Kreis Jerichow 2.

Kreis Banzleben.

Table with 6 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig, Stimmberechtigt, Volksbegehren. Lists various locations in Kreis Banzleben.

3994 Stimmen mehr als Eintragungen beim Volksbegehren. Diesbezügliche Einzelangaben. Die kleinen Agrarorte haben gut aufgeholt. Anhänger des Volkstentfheids haben leider viel ungültige Stimmen abgegeben, da sie auf ihren Stimmzettel Bemerkungen machten.

Klein-Ottersleben. Verdrigung. Am vergangenen Freitagabend ist der 16jährige Sohn Ernst unferer Genossen Geißler beim Schwimmen in der neuen Badeanstalt von einem Herzschlag betroffen worden und ertrunken.

Hohenbodelleben. Von 1167 Wahlberechtigten stimmten 860 ab, davon mit Ja 845, mit Nein 8, ungültig waren 27 Stimmen. Mit diesem Resultat kann die Arbeiterschaft zufrieden sein.

Kreis Reinhaldensleben. Seebach. Ja 479, Nein 25, Ungültig 11. Stimmberechtigte 535. (Volksbegehren 489.)

Reinhaldensleben. Vom Elternbeirat der Volksschule. Am Freitag fand die erste Sitzung des neugewählten Elternbeirats der Volks- und Grundschule statt.

Gummen. Vom Arbeitsmarkt. Eine wesentliche Wandlung in den Arbeitsverhältnissen ist bei uns nicht anzunehmen. Der Markt der Gewerbetätigen ist aber etwas im Stillen zu spüren.

Die Arbeiterschaft ist im allgemeinen zufrieden. Die kleinen Agrarorte haben gut aufgeholt. Anhänger des Volkstentfheids haben leider viel ungültige Stimmen abgegeben.

Reinhaldensleben. Vom Elternbeirat der Volksschule. Am Freitag fand die erste Sitzung des neugewählten Elternbeirats der Volks- und Grundschule statt. Am Freitagabend ist der 16jährige Sohn Ernst unferer Genossen Geißler beim Schwimmen in der neuen Badeanstalt von einem Herzschlag betroffen worden und ertrunken.

Kreis Wolmirkebt.

Wolmirkebt. Ja 188, Nein 8, Ungültig 6. Stimmber. 400.
Obernstedt. Ja 2145, Nein 68, Ungültig 88, Stimmber. 2284.
Wolfsbegehren 2118.)
Barleben. Ja 1420, Nein 47, Ungültig 51, Stimmber. 1498.
Wolfsbegehren 1240.)
Dahlenwerben. Ja 380, Nein 10, Ungültig 10, Stimmber. 400.
Wolfsbegehren 361, Reichstagswahl 384.)
Ebenroth. Ja 326, Nein 5, Ungültig 11, Stimmber. 342.
Wolfsbegehren 340, Reichstagswahl 276.)
Nein-Ammensleben. Ja 178, Nein 10, Ungültig 13, Stimmber. 198.
Wolfsbegehren 163, Reichstagswahl 143.)
Groß-Ammensleben. Ja 455, Nein 20, Ungültig 52, Stimmber. 527.
Wolfsbegehren 542, Reichstagswahl 559.)
Jersleben. Ja 141, Nein 1, Ungültig 2, Stimmber. 144.
Wolfsbegehren 125, Reichstagswahl 155.)
Groß-Nobensleben. Ja 251, Nein 5, Ungültig 7, Stimmber. 263.
Wolfsbegehren 194, Reichstagswahl 323.)
Kogau. Ja 967, Nein 17, Ungültig 34, Stimmber. 1018.
Wolfsbegehren 854, Reichstagswahl 544.)
Samtewegen. Ja 518, Nein 16, Ungültig 59, Stimmber. 593.
Wolfsbegehren 573.)

Barleben. Berichtigung. Die Mitteilung in der „Volksstimme“ vom 11. Juni, wonach der Oberlandjäger Roland einen Genossen angegriffen haben soll, weil er Flugblätter während des Gottesdienstes verbreitet hat, entspricht nicht der Wahrheit. Diese Angabe ist durch Erzählung unvorsichtigerweise verbreitet worden.

Barleben. Berichtigung. Die Mitteilung in der „Volksstimme“ in Richtung Magdeburg stießen am Sonntag zwei Autos zusammen. Die Ursache ist Versehen der Steuerung des einen Autos. Die Wagen hatten glücklicherweise eine nicht zu große Geschwindigkeit, so daß die Fahrer beim Zusammenstoß mit geringer Verletzung verblieben sind, entspricht nicht der Wahrheit. Diese Angabe ist durch Erzählung unvorsichtigerweise verbreitet worden.

Reizenberg. Tödlicher Motorradunfall. Am Sonntag früh gegen 10 Uhr wurde die freiwillige Sanitätskommission von Reizenberg-Reizenberg-Dahlenwerben durch Bahnschaffner der Station Reizenberg alarmiert. Bei der Gasse, die zur Kirche, an der Straße Ebenroth-Groß-Ammensleben, war ein Motorradunfall passiert. Der Motorradfahrer war auf dem Fußweg der Kirche zu dem an der Baumreihe entlang gefahren. Er fuhr einen Mann um, dessen Kniegegend er traf. Der Fahrer des Motorrads wurde auf die Straße geworfen und durch einen schweren Kopfverletzung und Schnittwunden durch die Glasscheibe. Der Mann ist nach 24 Stunden an einem Kreislaufstillstand gestorben. Die Leiche wurde nach dem Tode in die Leichenkammer des Kreis-Spitals in Barleben übergeben. Die Leiche wurde am Montag in die Leichenkammer des Kreis-Spitals in Barleben übergeben.

Kreis Salze.

Table with 6 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig, Volksbegehren, Reichstagswahl. Lists various locations and their election results.

Gesamtergebnis im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt.

Summary table showing total results: Stimmberechtigte 1 065 503, Ja 453 800 (42,6 Proz.), Nein 16 754, Ungültig 23 051, Volksbegehren 377 452, Reichstagswahl 398 106.

Altmarkt.

Kreis Stendal. (Gesamtergebnis.) Ja 8454, Nein 227, Ungültig 177. Stimmber. 8858.
Stendal (Stadt). Ja 8458, Nein 227, Ungültig 177.
Kreis Stendal (Land). (Gesamtergebnis.) Ja 11 840, Nein 341, Ungültig 239.
Kreis Gardelegen. (Gesamtergebnis.) Ja 7859, Nein 288, Ungültig 118.
Kreis Salzwedel. (Gesamtergebnis.) Ja 3358, Nein 123, Ungültig 137.
Salzwedel (Stadt). Ja 2108, Nein 69, Ungültig 101.
Kreis Osterburg. (Gesamtergebnis.) Ja 5111, Nein 205, Ungültig 96.
Osterburg (Stadt). Ja 922, Nein 29, Ungültig 15.
Gübelin. Ja 25, Nein 1, Ungültig 1.
Werben. Ja 92, Nein 12, Ungültig 4.
Seehausen i. A. Ja 809, Nein 25, Ungültig 10.
Arneburg. Ja 399, Nein 15, Ungültig 3.
Steglich. Ja 1.
Ehreneck. Ja 67, Nein 5, Ungültig 1.
Langermünde. Ja 4970, Nein 112, Ungültig 62.
Langerhütte. Ja 2359, Nein 60, Ungültig 77.
Belfau. Ja 17.
Birkholz. Ja 280, Nein 2, Ungültig 20.
Wahrburg. Ja 431, Nein 5, Ungültig 14.
Bismark. Ja 399, Nein 11, Ungültig 4.
Alten. Ja 49, (Volksbegehren 8.)
Buck. Ja 99, Nein 1.
Reizenwerth. Ja 299, Nein 13, Ungültig 6.
Sabingen. Ja 122.
Bittan. Ja 496, Nein 14, Ungültig 12.
Grieben. Ja 283, Nein 15, Ungültig 25.
Berkow. Ja 28, Nein 1, Ungültig 2.
Ehrenalbe. Ja 2.
Eysingen. Ja 37, Nein 3, Ungültig 1.
Goldsch. Ja 264, Nein 7, Ungültig 3.

Stadtkreis Stendal.

Dem gehören die Sachen? Auf dem Hundebau wurden als gefunden abgegeben: eine Kartoffelkiste, ein Hundemantel, eine Jacke.
Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend kosteten: Erdbeeren 50 Pfg., Eier 10 Pfg., Butter 1,70-1,95 M., Käse 95 Pfg., Gurken 45-50, Spargel 60-70, Kohlrabi 20, Salat 5, Radieschen 10, Kohlrabi 5, Schoten 25-35, neue Kartoffeln 20, Birnbaumöl 50, Tomaten 70, Pilze 40-60, Zwiebeln 5 Pfg., Hüner 1 M., junge Hühner 1,50, Ferkeln 1,10 M., Stachelbeeren 20 Pfg., Pfeffer 50, Nussmus 70 Pfg. Die Fleischpreise sind unbenannt.
Der Polizeibericht meldet: Einem Installationsmeister wurde nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kein auf dem Hofe eines Bauers in der Uckerenstraße angelegtes Fahrrad entwendet.
Verhaftet wurde ein feldbesitzlich Gejagter.
Anhalt.
Tefen (Stadt). Ja 2347, Nein 1654, Ungültig 334.
Zerbst (Stadt). Ja 5552, Nein 406, Ungültig 280.
Groß-Köthlingen. Ja 592, Nein 14, Ungültig 32.
Krauschwitz. Ja 140, Nein 5, Ungültig 6.
Seyditz. Ja 2509, Nein 77, Ungültig 77.
Hohenstein. Ja 217, Nein 4.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameraden verurteilen die Freiwirtschaft und die Freiwirtschaft.
Vereinskalender.
Der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Montag den 21. Juni, 1920, 7. Uhr, im Rathaus, Kameradenversammlung.
(Ergebnis der redaktionellen Arbeit.)

folle. Diese Auffassung ist irrig. Die Vorstehenden der öffentlichen Arbeitsnachweise können vielmehr die Unterfertigungsbauer der Bauarbeiter nach individueller Prüfung des Einzelfalles um weitere 13 Wochen bis auf 39 Wochen überall dort verlängern, wo der Bauarbeiter bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat. Das wird insbesondere für Maurer, Zimmerer, Dachdecker und Glaser gelten, während für Maler, Steinsetzer und Pfisterer die Arbeitsmarktlage die Verlängerung im allgemeinen nicht rechtfertigen dürfte. gezeichnet: Dr. Brauns. Für den Arbeitsnachweisbezirk Schönebeck, zu dem die Gemeinde Eidenroth gehört, treffen die Arbeitsmarktlagebedingungen für die Verlängerung auf 39 Wochen zu. Alle Bauarbeiter können deshalb nach zehnwöchiger Unterfertigungsbauer einen Antrag auf Verlängerung um 13 Wochen stellen. Ob sich die Verlängerung auch auf die schon ausgeteuerten Bauarbeiter bezieht, ist aus dem Schreiben nicht zu ersehen, aber wohl anzunehmen. Für ausgeteuerte Bauarbeiter ist es deshalb ratsam, einen Antrag an das Arbeitsamt in Schönebeck zu richten. Die ebenfalls über die Unterfertigungsbauer der Landarbeiter eingelegte Beschwerde ist unbeantwortet geblieben. Es scheint so, als ob hier eine Verlängerung nicht für notwendig befunden ist. Aber auch hier ist eine Änderung nötig. Die Gutbesitzer zeigen sehr wenig Neigung, die von ihnen aus irgendwelcher Laune aufs Pfaster geworfenen Arbeiter wieder einzustellen. Wenn nun in der Industrie wirklich Arbeit zu bekommen wäre, so ist der Uebergang der Landarbeiter in die Industrie nach irgendeiner Verfügung nicht möglich. Sogar kommt noch, daß unsere sonst deutungsunfähigen Agrarier lieber Polen einstellen als ihre deutschen Volksgenossen. Ja es kommt sogar vor, daß deutsche Landarbeiter entlassen und dafür Polen eingestellt werden, wie es der Gutbesitzer noch immer zu tun pflegt.

Schönebeck. Das Ergebnis des Wählerstimmens ist hier folgendes: Ja 11 111, Nein 14 300, Ungültig 222.
Wahlkreis Magdeburg-Anhalt. Ja 11 111, Nein 14 300, Ungültig 222.
Wahlkreis Magdeburg-Anhalt. Ja 11 111, Nein 14 300, Ungültig 222.

Kreis Neuburg.

Table with 6 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig, Volksbegehren, Reichstagswahl. Lists various locations and their election results.

Stadtkreis Hohenstein.

Stadtkreis Hohenstein. Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameraden verurteilen die Freiwirtschaft und die Freiwirtschaft.
Stadtkreis Hohenstein. Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameraden verurteilen die Freiwirtschaft und die Freiwirtschaft.

Stadtkreis Hohenstein. Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameraden verurteilen die Freiwirtschaft und die Freiwirtschaft.
Stadtkreis Hohenstein. Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameraden verurteilen die Freiwirtschaft und die Freiwirtschaft.

Advertisement for Dr. Thompson's Toilet Soap. Includes an illustration of a man and a woman and the text: 'Ach August, seitdem ich Dr. Thompson's Seifenpulver benutze, hab ich keine Angst mehr dich zu küssen.'

Mißhandlung eines Kindes.

Die Ehefrau des Oberpostleiters H. Fischer, Große Wiesdorfer Straße 249 wohnhaft, lebt anscheinend mit den anderen Bewohnern des Hauses in recht schlechtem Einvernehmen.

Was nun die ihr vorgeworfene strafbare Handlung anbelangt, so sollte sie ein Mädchen, das sie vor Jahren angeblich an Kindes Statt angenommen hatte, das aber in Wirklichkeit zur Verzierung aller häuslichen Arbeiten in vielfach übermäßiger Weise herangezogen wurde, fortgesetzt mit der Hand in das Gesicht, mit einem Ausklopfen auf den Rücken und das Gesicht, mit nassem Luchern um die Ohren geschlagen haben.

Der Zeugen gaben an, daß sie das Wimmern des Mädchens in den Nächten oft gehört, einige auch gesehen hätten, wie ihr Gesicht geschwellen war, auf demselben auch alle fünf Finger abgezeichnet waren.

Frau Fischer bezeichnet das Mädchen, bei der sie Mutterstelle vertritt, als träge und besonders jähnerfüllig. Sie gibt zu, sie allerdings auch geprügelt zu haben, ohne jedoch das Züchtigungsrecht zu überschreiten.

Der Vorsitzende der Angelegenheit hielt es bei einer endgültigen Entscheidung noch für angebracht, das Mädchen persönlich hier erscheinen zu lassen und sie nochmal zu hören, auch noch andere Zeugen zu vernahmen.

Strafgerichtliche Sprüche.

Der bereits öfters bestrafte Arbeiter August Schreiber wurde hier ein Strafgericht, das er, als er in Jagdgesellschaften geht, die Jagd auf seine Frau übertragend, die Jagd auf die Jagdgesellschaften über die Verantwortung in der Jagdgesellschaft, in welcher er lag, die Frau, die er auf 4 Wochen Gefängnis, nachdem er sich mit dem Einkommen verweigert hat, wenn es ihm doch nur darum ginge, jagdliche Geld zu die Jagd zu bekommen, ohne darauf zu denken, seine Güter zu bestrafen. Weshalb hat er sich jetzt bestraft, einen Gehalt von geringem Teil seiner Einkünfte abzugeben.

Er will im Arzte durch einen Kolbenschlag am Kopfe schwer verletzt und nicht immer Herr seines Sinns sein. Der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Borstius hält ihn aber für geistig gesund, bei dem jedenfalls die Voraussetzungen des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs nicht zutreffen. Das Gericht zog die erlittene schwere Verletzung strafmildern in Betracht und erlannte wegen fortgesetzten Betrugs auf 6 Monate Gefängnis.

Pottenrott wieder wegen Verleumdung verurteilt.

Der „ruhmvolle“ Verleger der „Mitteldeutschen Presse“ in Stuttgart, Hans Pottenrott, jetzt wohlbestallter Willenbesitzer in Königsborn, schrieb, als er im Gerichtsgefängnis in Anstalt eine ihm wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert vom Staatsgerichtshof zuerkannte Gefängnisstrafe verbüßte, aus seiner Zelle heraus verschiedene Artikel für seine Zeitung, für die nach dem Abgang des durch den großen Magdeburger Prozeß zu einer gewissen Berühmtheit gelangten Rothardt, Wilhelm Wörthoffen verantwortlich zeichnete.

In einem der erwähnten Artikel hatte Pottenrott einen Angriff gegen die katholische Geistlichkeit unternommen und sie unter anderem „Lügenschweiger“ bespöttelt. Wir haben darüber bereits aus der Verhandlung vom 8. März d. J. eingehend berichtet.

Das erweiterte Schöffengericht hat ihn seinerzeit zu 500 Mark, Wörthhoffen zu 100 Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil, soweit es Pottenrott betrifft, hatte die Staatsanwaltschaft hinsichtlich des Strafmaßes Berufung eingelegt. Aber auch Wörthhoffen hatte sich bei dem Urteil nicht beruhigt, seine Berufung aber später zurückgezogen.

Jetzt hatte sich die Strafkammer mit dieser Sache noch einmal zu befassen. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die abgewandte Vorstrafen des Pottenrott eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten gegen ihn am Platze. Die Strafkammer lehnte aber von der Verhängung einer Gefängnisstrafe ab, erhöhte aber die Geldstrafe auf 1000 Mark, erlannte auch auf Publikationsverbot durch die „Mitteldeutsche Presse“ und die „Sächsische Volkszeitung“.

Stoffe und Selbstbinder im Schutthaufen.

In der Nacht zum 22. Dezember d. J. wurde in das Geschäft von Merkel in Schönebeck eingebrachen, die Diebe — es kamen deren zweifelslos mehrere in Frage — waren in das Kellerfenster eingestiegen, hatten dann eine Türöffnung zerschlagen und schließlich waren so in den Laden gelangt. Dort holten sie eine Anzahl Stoffe und Selbstbinder im Werte von etwa 4500 Mark heraus. Bald darauf wurden im Besitz des wegen früheren Diebstahls und Hehlerei verurteilten Arbeiters Friedrich Knoche in Schönebeck, geboren 1906, elftägige Stoffe, auch Selbstbinder vorgefunden, die aus dem Einbruch herkommen. Nach anfänglichem Leugnen war er gezwungen, sämtliche Einzelheiten der Ausführung und bezügliche seiner Freunde, den gleichfalls wegen früheren Diebstahls erheblich verurteilten Fleißergesellen Gustav Häblich aus Feldeleben, geboren 1902, als Mitäter. Dieser bekennt jede Beteiligung. Später trat Knoche mit der Behauptung hervor, daß sein Geständnis nicht den Tatsachen entspreche, er es vielmehr unter einem gewissen Druck abgegeben habe. Stoffe und Selbstbinder habe er auf einem Schutthaufenplatz unter Schutz erbeutet und als herrenloses Gut an sich genommen.

Es wurde ihm vorgehalten, daß er das Geständnis auch vor dem Richter abgegeben habe, trotzdem verbleibt er bei seinem Widerruf. Von den Selbstbindern hatte er mehrere bereits verkauft. Der Richter meinte, daß, wenn er die Sachen unter Schutz gefunden hätte, daß bei dem geringen nahen Richter andere Zeugen davon Kenntnis gehabt haben würden, was nicht der Fall war. Das Gericht hielt nach einer umfangreichen Beweiswürdigung beide Angeklagten des früheren Diebstahls für überführt und verurteilte sie je zu 1 Jahre Gefängnis, unter Verurteilung von 4 Monaten 2 Wochen der erlittenen Unterbringungshaft. Die hängenden Unterurteile wurden über auf die Dauer von 3 Jahren abgemildert.

In der Nacht zum 11. Dezember 1918 kamen reisende Diebstahler, von Berlin nach Magdeburg, um hier „ein Ding zu brechen“. Sie stürzten sich erst in verschiedenen hiesigen Gasthäusern, kamen dann im Auto an dem Geschäftsgebäude der Firma Schindler u. Cuno vorbei, stiegen aus, wurden aber zunächst durch das Gebell eines Hundes (stüblich). Sie hatten sich aber schon auf alle Fälle mit vergifteten Fleischstücken ausgeliefert. Einer von ihnen wurde nun vorausgeschickt, um den Hund zu vergiften. Ein anderer, nämlich der vielfach verurteilte Arbeiter Wilhelm J. J. aus Berlin legte, während ein Dritter „Schmeiere“ stand, eine an einem andern Orte aufgestöberte Leiter an, stieg in das Kontor ein, während die andern folgten.

Hier erbrachen sie gemeinsam einen Selbstbinder, fanden aber darin nichts vor, was des Mitnehmers wert war. Nun erbrachen sie mit einem Steinmeißel mehrere Pakete, fanden in einem 210 Mark bares Geld sowie einige Zins- und Erneuerungsgeldscheine vor. Alles nahmen sie an sich. Die „Arbeit“ hatte einen Zeitraum von 3 bis 4 Stunden in Anspruch genommen. Sie fuhren dann nach Berlin zurück und teilten im Eisenbahnzug die Beute unter sich.

Mit Ausnahme von J. J., der einer Irrenanstalt überwiesen wurde, in der er sich lange Jahre befand, sind die Einbrecher längt mit erheblichen Zuchthausstrafen bestraft worden. J. J., dessen Geisteskrankheit inzwischen behoben ist, sollte sich nun erst jetzt verantworten. Er war nach dem Gutachten des Anstaltsarztes bei der Begehung der Tat noch geistig gesund und strafrechtlich 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust auf verantwortung zu machen. Das Urteil gegen ihn lautete auf

Unterschlagungen beim Gaswerk.

Der frühere Bureauangestellte Otto Herrmann war beim hiesigen Gaswerk mit der Aufstellung der Lohnlisten beschäftigt. Er hatte von den zusammengestellten Lohnberechnungen in Abzug zu bringen. Dies tat er nicht, ließ sich von einem anderen Angestellten die Gelder auszahlen, um sie den Empfangsberechtigten selbst zu übergeben. Bei dieser Gelegenheit unterschlug er von diesen Geldern in der Zeit vom September 1924 bis Oktober vorigen Jahres die Summe von 1018 Mark. Nach seiner Behauptung soll die unterschlagene Summe nur etwa 680 Mark betragen haben. Er schützte Notlage vor, die dadurch entstanden sei, daß er von seinem an sich nur geringen Einkommen monatlich 45 Mark Unterhaltsgelder zu zahlen hatte.

Das Gericht berücksichtigte bei Abmessung des Strafmaßes sich selber zu verschaffen, daß ihm auch sonst wegen seiner dienstlichen Führung ein gutes Zeugnis zur Seite stand und ließ es bei einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten bewenden, gewährte ihm auch Strafaufschub auf die Dauer von drei Jahren mit der Auflage, daß er eine Geldbuße von 100 Mark zahlt.

Bereinskalender.

Groß-Ottersleben. Männer-Turnverein Jahrb. Am Dienstag den 22. Juni Mitgliederversammlung. Quartierheime mitbringen.

Briefkasten.

Berichterstatter Gommern. Die Berichte sind am Sonnabend zu spät eingetroffen, so daß sie nicht mehr veröffentlicht werden konnten. Heute sind sie überholt. (Schluß des redaktionellen Teiles.)

Maizena Flammeris, das Kraftmehl und Gebäck für Puddings

Sie können nicht in den Ferien verreisen? Es ist auch nicht nötig, denn Magdeburgs Umgebung ist schön! ... Behandlung Vollstimm

Hand-Verfahren Str. 73473 bis 74925

Gläubigerschuldverhältnisse ... Schuldenaufnahme ...

Zur die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters ...

Ernst Geißler im 16. Lebensjahre. ...

Spezial- und Spezial-Verfahren ...

Seibens E. Rübbe ...

Schuldenaufnahme ...

Die Verwandten Verwandtschaften ...

Ernst Geißler im 16. Lebensjahre. ...

Hand-Verfahren ...

Hand-Verfahren ...

Hand-Verfahren ...

Hand-Verfahren ...

Ernst Geißler im 16. Lebensjahre. ...